

BUNDESAMT FÜR AUSSENWIRTSCHAFT
Dienst Freihandelsländer

Int. 821 allg. - ari/bah/wur

Bern, 1. Juli 1992

Notiz

**Dreiertreffen der Wirtschaftsminister Deutschlands, Österreichs und der Schweiz
vom 26./27. Juni 1992 in Lausanne**

Einleitung

Bundesrat Delamuraz empfing die Bundeswirtschaftsminister aus Deutschland, J. Möllemann (M) und Oesterreich, W. Schüssel (S) am 26./27. Juni in Lausanne zum jährlichen Dreiertreffen. Gesprächsthemen waren die Europäische Integration, die Beziehungen zu Mittel- und Osteuropa sowie einige Fragen der nationalen Wirtschaftspolitik.

Europäische Integration

EG-Erweiterung

M bestätigte die deutsche Erwartung, dass der EG-Rat in Lissabon der Kommission die notwendigen Aufträge erteilen werde, so dass die **Beitrittsverhandlungen** mit den beitriftswilligen EFTA-Ländern einschliesslich Norwegens, sofern es bis im November einen Beitrittsantrag einreicht, **anfangs 1993 begonnen** werden können. Nach Auffassung von M stehen die Chancen gut, dass die dafür aufgestellten Voraussetzungen - Ratifikation des Vertrages über die Europäische Union durch die 11 EG-Mitgliedstaaten und Verabschiedung des Finanzpakets - bis dahin erfüllt sein werden. Von den Neumitgliedern wird die Übernahme des heutigen Besitzstandes der EG einschliesslich der Justiz-, Innen- und Sicherheitspolitik erwartet. Im institutionellen Bereich seien die institutionellen Änderungen von Maastricht mitzuübernehmen.

Deutschland drängt darauf, dass die **Beitrittsverhandlungen zügig geführt** werden und ein **Beitritt anfangs 1995** möglich gemacht werden sollte. **Delors** sehe zwar als Beitrittsdatum eher **anfangs 1996**. Die Verhandlungen, so M, seien mit den Beitrittskandidaten grundsätzlich individuell zu führen und nur dort, wo gemeinsame Probleme bestehen, sei gemeinsam zu verhandeln. Der Erweiterungsprozess habe sich durch das dänische Referendum über die Maastrichter Verträge nicht verlangsamt. Vielmehr gelte es nun, ein Zeichen zu setzen.

S verhehlt nicht gewisse **österreichische Befürchtungen**, dass eine grössere Zahl von Beitrittskandidaten den **österreichischen Beitritt verzögern** könnten. Entscheidend sei aber auch für Österreich, dass es an der für 1996 vorgesehenen Regierungskonferenz über die weitere Ausgestaltung der EG teilnehmen könne. Dazu sei auch zu berücksichtigen, dass für



diese Teilnahme der Ratifikationsprozess bis 1996 abgeschlossen werden müsse, was einen möglichst frühen Abschluss der Beitrittsverhandlungen verlange. Die Formel, wonach die **Europäische Sicherheitspolitik die Neutralität ersetzen** werde, gewinnt in Österreich an Boden. Während noch vor kurzem in Umfragen 90% der Bürger die Aufrechterhaltung der Neutralität über den Beitritt setzten, ist diese Quote nun auf 50% gesunken (wobei dies noch keine Teilnahme an einer Europaarmee bedeute, fügte S bei).

Entwicklung in der EG

Das **Finanzpaket** werde, so M, allerdings **noch einige Schwierigkeiten** bereiten, denn die Vorschläge Delors zur Ausgabensteigerung seien eindeutig überzogen. Auch hier sollte das **Subsidiaritätsprinzip** zum Tragen kommen und es der Gemeinschaft erlauben, mit einem geringeren Ausgabenwachstum auszukommen. Werde das Subsidiaritätsprinzip vermehrt in Frage gestellt, mache dies die Gemeinschaft für zukünftige Mitgliedländer unattraktiver.

In **Deutschland** macht sich eine verstärkte **Sorge über Sinn und Realisierbarkeit der Währungsunion** bemerkbar. Einerseits hat man Zweifel, ob die im Vertrag von Maastricht festgesetzten Kriterien tatsächlich durchgehalten werden. Andererseits ist die Kritik der Wirtschaftswissenschaftler von einer eigenartig statischen Betrachtungsweise geprägt und zeigt wenig Verständnis für die EG-Methode, weitgreifende Zielvorgaben zu setzen, die mit der Zeit konkretisiert und schrittweise realisiert werden. Die Vereinbarung über die **Politische Union** ist **gekennzeichnet durch die Unbestimmtheit ihrer Vorstellungen über die politische Verfassung der EG**. Daher ist auch z.B. die Frage nach dem Inhalt des Subsidiaritätsprinzips heute noch nicht zu beantworten. Dies werde immer mehr zu einer Frage nach der **Regelungszuständigkeit in der Gemeinschaft**, wobei M die Meinung vertritt, die EG-Kommission sollte nicht immer neue Tätigkeitsgebiete suchen. Es sei klar, dass bezüglich der Politischen Union ein Nachbesserungsbedarf (aber keine Nachbesserungsverhandlungen) bestehe.

M zeigte sich überzeugt, dass **Dänemark das einzige Land bleiben werde, welches die Maastrichter Verträge nicht ratifizieren werde**. Auf **Frankreich** werde im Moment **kein Druck** ausgeübt, um ein positives Ergebnis in den Verhandlungen über die Uruguay Runde zu erzielen, um somit das Ergebniss des bevorstehenden Maastricht-Referendums nicht negativ zu beeinflussen (er meint aber auch, dass es unvorstellbar sei, Frankreich in der GATT-Frage einfach zu überstimmen).

EWR-Ratifikation

Nach M wird der **EWR noch im Juli im Kabinett und im Bundesrat beraten**. Die Opposition wird ihm zustimmen, so dass keinerlei Probleme vorauszusehen sind. S erwartet den **Genehmigungsbeschluss des Nationalrates im September**. Die Opposition kann ihn nicht gefährden. Die FPÖ ist nicht mehr gegen den EWR. Die Grünen werden wohl dagegen stimmen, obwohl ihre Fundamentalopposition gegen die Europäische Integration am Schwinden ist.

M und S unterstreichen die **Bedeutung, die den schweizerischen Volksabstimmungen** (NEAT, EWR) **zukommt**, da - wie das dänische Referendum über die Europäische Union zeigt - derartige Abstimmungsergebnisse sich auch in der politischen Diskussion in andern Ländern auswirken.

Mittel- und Osteuropa

GUS

Nach M, der zahlreiche der Republiken schon mehrmals besucht hat, befindet sich die **Wirtschaft auf einer rasanten Talfahrt**. Angesichts der zerrütteten Verhältnisse ist ein Engagement von Investoren kaum zu erwarten. Es besteht die **Gefahr einer erneuten politischen Destabilisierung**, namentlich in der Russischen Föderation. Deutschland tritt deshalb dafür ein, dass trotz der widrigen Umstände das Paket von 24 Mia. Hilfe an Russland geschnürt wird. Die Rohstoffförderung kommt nur langsam in Gang. Zwar kann in den asiatischen Teilrepubliken eine Besserung beobachtet werden, doch seien dies gerade jene Teilrepubliken, welche sich von der G7 wegbewegten. M spricht sich gegen eine Privilegierung Jelzins am kommenden Münchner Gipfel aus.

Die **Zahlungsverpflichtungen der deutschen Bundesregierung** erreichen bald eine **kritische Grösse** (das Bürgschaftsvolumen beträgt im Moment 49 Mia. DM). Man beobachtet in jüngster Zeit eine Häufung von Zahlungsschwierigkeiten, v.a. im Handel mit ostdeutschen Firmen. Die Exportkredite würden daher bald zu reinen Exportzuschüssen, was rechtliche Probleme aufwirft. Andererseits müssten bei deren Berücksichtigung zahlreiche Firmen in den Neuen Bundesländern (NBL) schliessen. Den **Obligobestand Österreichs** gegenüber Mittel- und Osteuropa beziffert S mit 170 Mia. Schilling (mit einer leicht sinkenden Tendenz). Bei einem Handelsanteil gegenüber den Staaten Mittel- und Osteuropas von 5% und einem Finanzierungsanteil von 11% sowie angesichts der unsicheren Zahlungssituation wird den österreichischen Firmen momentan empfohlen, von einem finanziellen Engagement in Mittel- und Osteuropa abzusehen.

CSFR

Das **Auseinanderfallen der Republiken ist äusserst besorgniserregend**. Das **Wahlergebnis in der Slowakei bedeutet politisch einen Rückschritt** und es besteht die Gefahr, dass die Regierung in der wirtschaftlichen Not dieses Landes sich mit dem Verkauf von Rüstungsgütern Devisen verschafft. Wichtige Fragen der Trennung (z.B. Währung, Schuldenregelung) sind noch weit von einer Lösung entfernt. S hat anlässlich eines kürzlichen Besuches des tschechoslovakischen Wirtschaftsminister Dlouhy in Wien den Eindruck erhalten, dass die Hauptaufgabe der Interims-Bundesregierung nur darin besteht, die **Teilung des CSFR vorzubereiten** und die Kompetenzen auf Landesebene zu bringen. Der Ratifizierungsprozess für das Freihandelsabkommen mit der CSFR wurde in Österreich gestoppt.

Jugoslawien

Im ehemaligen Jugoslawien sind selbst abseits der kriegerischen Ereignisse bedenkliche Tendenzen erkennbar. Slowenien und Kroatien bewegen sich auseinander. **Kein einziges der anstehenden Probleme** (z.B. Verkehr, Energie, Eigentumsverhältnisse), die einer gemeinsamen Lösung bedürfen, wurde bisher verbindlich geregelt.

Passiver Veredelungsverkehr

M verspricht, die **Begehren der EFTA nach einer Ursprungskumulation** im Verhältnis zu Polen, CSFR und Ungarn, mit denen die EG Assoziationsabkommen abgeschlossen hat, **zu unterstützen**, damit der Veredelungsverkehr zwischen den drei Freihandelsordnungen (EG/EFTA-Länder, EG/P,H,CSFR, EFTA-Länder/P,H,CSFR) möglich wird. Die Widerstände einzelner EG-Mitgliedstaaten sind allerdings nicht zu unterschätzen und die **EG-Kommission zeigt wenig Energie, diese Widerstände zu überwinden**. Der deutschen Delegation wurde eine Kopie eines EFTA-Memorandums zu diesem Thema übergeben. Für S würde eine politische Lösung dieses Problems im Oktober dieses Jahres einen positiven Impuls für die EWR-Abstimmung in der Schweiz bedeuten.

Wirtschaftspolitik der drei Länder

Deregulierung

Das deutsche Kabinett hat kürzlich aufgrund der Vorschläge einer Expertenkommission **31 Deregulierungsmassnahmen** verabschiedet, die von den Ministerien bis Ende Jahr in die Form von Gesetzesvorschlägen zu bringen sind. Dieser Beschluss umfasst Massnahmen in Bereichen wie der Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen oder der Privatisierung von Leistungen von Bahn und Post. Eine Deregulierung des Arbeitsmarktes soll durch die Kündigung des relevanten ILO-Abkommens erreicht werden. In Österreich ist nicht nach einem Gesamtprogramm vorgegangen worden, doch sind **viele Einzelmassnahmen** beschlossen worden (z.B. Abschaffung der ortsüblichen Preise, Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten) oder in Vorbereitung (Liberalisierung der Gewerbeordnung, der Arbeitsmarktverwaltung, grössere Selbständigkeit der Betriebsleitungen von Bahn und Post, Trennung der Gesetzesvollzugsaufgaben von Bund und Ländern, Form der Unternehmensbesteuerung, Übergabe der Verwaltung staatlicher Liegenschaften an eine Treuhandgesellschaft).

Wirtschaftsförderung

In Österreich macht man sich anscheinend Gedanken über die Einführung einer Möglichkeit zur **Förderung auch von Grossprojekten** neben der bereits bestehenden Förderung von mittelständischen Investitionen. In Deutschland besteht unabhängig von der Grösse des Projektes in den förderungswürdigen Regionen - diese machen heute 28% der Gesamtbevölkerung in den alten Bundesländern oder 60% der Fläche aus - die Möglichkeit, im Rahmen

der "Gemeinschaftsaufgabe Regionalförderung" Investitionszulagen in der Höhe von 18% (in den NBL von 23%) zu beantragen. Die Gesamtmittel unter diesem Programm belaufen sich auf je 10 Mia. DM für die kommenden zwei Jahre. Auch besteht das Recht auf eine Investitionszulage von 12% (in Form eines Steuerabzuges), welche in den NBL kumulativ und in den alten Bundesländern alternativ zur Regionalförderung gewährt wird. Damit sei die **Obergrenze der von der EG erlaubten Förderhöhe** erreicht. In der BRD bestehen rund 400 Förderprogramme für die deutsche Wirtschaft, welche neben der direkten Wirtschaftsförderung auch die Bereiche Umwelt und Forschung abdecken. Diese grosse Zahl bringt es mit sich, dass das einzelne KMU die ganze "**Fördervielfalt**" nicht mehr durchschauen kann und die grossen Unternehmen, welche über einen ausgebauten juristischen Dienst verfügen, die Hauptprofiteure davon sind.

CO2-Steuer

M orientiert darüber, dass **nach deutscher Auffassung** diese **nur EG-weit eingeführt** werden könne. Er sieht jedoch keine Chancen für eine Einigung in diesem oder nächsten Jahr. Der Streit geht darum, ob nur der CO2-Ausstoss oder die Energienutzung (einschliesslich Kernenergie) besteuert werden soll. Die südlichen Länder wenden sich zudem gegen jegliche Art von Belastung.

Bilaterale Gespräche

Im Rahmen der bilateralen Gespräche Schweiz-Österreich wurde von Schweizer Seite auf Probleme bei der **Sanierung des tschechischen Kernkraftwerkes Bohunice** hingewiesen. Der österreichische Stromverbund hatte sich negativ gegen den Stromtransit ausgesprochen, mit dem die Sanierung teilweise finanziert werden sollte. S versprach dagegen, sich für ein gemeinsames Projekt und mindestens für einen Stromtransit einzusetzen, sofern es sich um eine Umstellung von Kernenergie auf Gas handelt, was für den ABB-Projektvorschlag zutrifft. Die zuständigen Herren in seinem Ministerium würden mit uns Kontakt aufnehmen.

Die bilateralen Gespräche Schweiz-Deutschland gaben keinen Anlass zu besonderen Erläuterungen.

Nächstes Treffen

Das nächste Dreiertreffen wird am 25./26. Juni 1993 in Münster stattfinden.